

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/6

Bonn, den 9. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	<u>Sicherung des Friedens - das große Ziel</u> Johnson setzt die Politik Kennedys fort	45
2	<u>Fast ein Viertel untauglich</u> Der Gesundheitszustand der jungen Generation	32
3	<u>Wincher - ein Ärgernis für die USU</u> Jahresbeginn in Bayern	53
4- 6	<u>Mexikanische Präsidentschaftsablösung</u> Im Zeichen gesicherter Stabilität Von Max Diamant	134

Chefredakteur Günter Markscheffel

Sicherung des Friedens - das große Ziel

Johnson setzt die Politik Kennedys fort

G.M. - Präsident Johnsons Rede über die "Lage der Nation" ist - in ihrem aussenpolitischen Teil - ganz eindeutig als die Fortsetzung der von Kennedy eingeleiteten Strategie des Friedens zu werten. Gewiß gibt sich Johnson nach seiner Ankündigung der Kürzung des amerikanischen Militärbudgets um rund fünf Prozent nicht der Illusion hin, den Frieden schon gewonnen zu haben. Er will, daß die Vereinigten Staaten stark bleiben, aber doch beweglich genug, um jeder sich bietenden Gelegenheit zur Beendigung des weltweiten Wettrüstens gerecht werden zu können.

Präsident Johnson hat hierbei sicher an die am 21. Januar wieder beginnende Genfer Abrüstungskonferenz gedacht, wo, Korrespondentenberichten aus Washington und Moskau zufolge, jetzt unter anderem auch die Pläne für eine gegenseitige Stationierung von Beobachtern an militärisch wichtigen Punkten in Ost und West auf den Tisch gelegt werden sollen. Da ausserdem die Herabsetzung der Verteidigungsausgaben in Ost und West, sowie der Vorschlag eines Abkommens zur Debatte steht, wonach die Kernwaffenmächte sich verpflichten, anderen Staaten keine Kernwaffen und Informationen über die Herstellung solcher Waffen zu liefern, wollte Präsident Johnson sicher das amerikanische Volk darauf vorbereiten, daß er sehr weit zu gehen bereit sei, um der von Kennedy eingeleiteten Strategie des Friedens praktischen Inhalt zu geben.

An Moskau liegt es nun, diese Bereitschaft von Präsident Johnson zu honorieren, denn nur, wenn auf beiden Seiten der Wille zu weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen besteht, kann das hochgesteckte Ziel der amerikanischen Politik, "eine Welt ohne Krieg, in der alle Menschen, Güter und Ideen ohne Schwierigkeiten alle Grenzen überschreiten können," Wirklichkeit werden.

Auch in Europa, und besonders in Deutschland, wird diese Sprache verstanden. Nach wie vor - das hat Bundeskanzler Erhard ausdrücklich noch einmal nach seiner Rückkehr aus den USA betont - erwartet man in den Vereinigten Staaten von uns, in Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten, Vorschläge, die ebenfalls als Beitrag zu einer weltweiten Strategie des Friedens gelten können.

Wir haben einerseits die Gewißheit, daß auch der neue amerikanische Präsident uns nicht zusetzt, irgendeiner Regelung des Deutschlandproblems zuzustimmen, bei der die nationalen Interessen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit nicht gewahrt werden würden. Andererseits will man von uns wissen, wie wir uns die Überwindung der immer noch erstarrten Ost-Westfront in Europa vorstellen. Spätestens am 21. Januar 1964, dem Tage des Wiederbeginns der Abrüstungsverhandlungen in Genf, wird man von uns auch im Detail hören wollen, wie wir helfen können und wollen, die in Bewegung geratenen Fronten weiter in Bewegung zu halten.

Fast ein Viertel untauglich

Der Gesundheitszustand der jungen Generation

sp - Fast ein Viertel der jungen Männer vom Geburtsjahrgang '944 - genau genommen 23,9 Prozent - sind körperlich ungeeignet für den Dienst in der Bundeswehr. Das ist eine alarmierende Feststellung und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Gesundheitszustand unserer jungen Generation. Gewiß werden jetzt auf Weisung des Bundesverteidigungsministeriums strengere Maßstäbe bei der Ausmusterung angelegt, aber auch so bleibt der Prozentsatz dienstuntauglicher junger Männer ungewöhnlich hoch. Wer bedingungsloser Pazifist ist, mag vielleicht darüber Genugtuung empfinden. Doch dies wäre wohl der ungeeignetste Maßstab, der hier zu gelten hat. Die Gesundheit des Einzelnen und die Gesundheit des Volkes insgesamt sind unschätzbare Güter, sind die Grundlage alles Schaffens in Gegenwart und Zukunft.

Die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft verlangen der gesunder Menschen; die wachsende Industrialisierung und Technisierung wiederum birgt große Gefahren für die Gesunderhaltung der heranwachsenden Menschen. In den Ballungsgebieten der Industrie gibt es die verunreinigte Luft, die Auspuffgase in den von Verkehrsmotoren geplagten Straßen sind Erreger bekannt und noch unbekannter Krankheitsherde. Hier muß der Hebel für die Gesunderhaltung unseres Volkes angesetzt werden. Außerdem fehlen immer noch viele Sportplätze, Schwimmbäder, Grünanlagen, auf denen die Jugend ihre Kräfte messen und sich tumeln kann. Koch so harte Ausbildungsmethoden bei der Bundeswehr vermögen einen völlig sportungewandten, körperlich zurückgebliebenen jungen Menschen nicht in einen Strapazen gewöhnten Soldaten umzuwandeln. Dort, wo es geschieht, wie in Nagold, führt es zu tragischen und bedrückenden Konsequenzen.

Wir brauchen einen umfassenden, das Ganze im Auge behaltenden Gesundheitsplan, in dessen Verwirklichung die Bemühungen von Bund, Ländern und Gemeinden harmonisch zusammenfließen. Erst dann werden die Klagen über den erschütternden Gesundheitszustand unserer jungen Generation verschwinden. Man sollte aber von diesen Fragen nicht nur sprechen, wenn es um Rekruten geht!

München - ein Ärgernis für die CSU

Jahresbeginn in Bayern

Rw - Nach den rauschenden Fester der Eröffnung des alt-neuen Nationaltheaters, raffte sich der Präsident des bayerischen Landtages, Abgeordneter Hannauer, zu einer wohlgesetzten Neujahrsrede auf. Dieser Gruß an das Bayernvolk stand natürlich, wie es sich in einer Demokratie gehört, im Zeichen der Gemeinsamkeit politischen Sinnes und Trachtens. Nicht umsonst stehe in den Namen der beiden größten Parteien des Landes das Wörtchen "sozial" an bestimmender Stelle; Christlich "Soziale" Union und "Sozial"-Demokratie. Nicht nur die sozialen Reformen der bayerischen Könige des vorigen Jahrhunderts wirkten nach bis in unsere Zeit. Dann folgte eine für das breite Publikum nicht verständliche Bezugnahme auf die Doktorarbeit eines jungen Wissenschaftlers aus Niederbayern, der sich mit den sozialen Bestrebungen des Königs Max Joseph II. beschäftigt hatte und - man denke bloss - "Bundesführer der Sozialistischen Jugend" sei. Nun haben weder die SPD noch gar ihre Arbeitgemeinschaft der Jungsozialisten irgendwelche Bundesführer, sondern einfache Vorsitzende. Aber so ein kleiner Irrtum ist entschuldbar. Der Zweck, den Rundfunkhörern in Bayern begreiflich zu machen, daß nicht nur die alte Generation der Sozialdemokraten "königlich bayerisch" gewesen sei, sondern vielmehr die Jungsozialisten heute wieder in königstreuer Verehrung die Vergangenheit betrachten, schien erreicht.

Eines hat der Landtagspräsident allerdings unterlassen, nämlich die von ihm zitierte Dissertation zu lesen. Er hätte sonst vermutlich gemerkt, daß es sich um einen Vergleich mit dem in vorigen Jahrhundert erwachenden Verständnis der brennenden sozialen Probleme des beginnenden Industriezeitalters handelte, in dem nicht nur Max Joseph II. von Bayern, sondern auch ein gewisser Karl Marx aus Trier jeweils ihren Anteil hatten.

Nicht immer ist die Stimmung in der bayerischen Politik so auf gemeinsames soziales Verständnis ausgerichtet, wie dies in der Neujahrsansprache des Landtagspräsidenten zum Ausdruck kam. So mußten sich die kommunalpolitisch tätigen Sozialdemokraten in München kurz vor Jahresende mit Anregungen beschäftigen, die da und dort auf den anderen Bänken des bayerischen Landtags und offenbar auch im Innenministerium gemacht wurden. Die stetig wachsende Landeshauptstadt erscheint der CSU in Bayern ein politisches Ärgernis zu sein. München wählt vorwiegend sozialdemokratisch, es hat einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister, gegen den kaum ein anderer wie auch immer gearteter Kandidat Erfolgsaussichten besitzt.

Nun ist diese Stadt München in 39 Bezirke gegliedert, die sogenannte Bezirksausschüsse haben. Es sind dies Ausschüsse, die nach dem Wahlanteil der Parteien zusammengesetzt sind und sich mit lokalen Fragen beschäftigen. Natürlich haben sie nur, wie es die bayerische Gemeindeordnung vorsieht, beratende Funktionen. Es sind dies auch die einzigen Bezirksausschüsse in den bayerischen Großgemeinden. In anderen Städten hat man auf sie verzichtet. In München aber möchte die CSU gerne diese Ausschüsse zu kleinen Bezirksversammlungen nach Berliner Vorbild ausbauen und Bezirksbürgermeister wählen lassen. Das Motiv ist unschwer ersichtlich. Da und dort könnte man in München, bei geeigneter Wahlgeometrie, kleine Oasen christlich-sozialer Herrschaft erzielen. Die Vorsitzenden der Münchner Bezirksausschüsse aber, die ohne Ausnahme Sozialdemokraten sind, lehnten diese Änderung ihrer bisherigen Befugnisse einmütig ab. Man wird sich daher in den Kreisen der CSU auch 1964 und wohl noch für einige weitere Jahre damit abfinden müssen, daß München sozialdemokratisch ist und bleibt.

Mexikanische Präsidentschaftsablösung

Von Max Diamant

Nach der offiziellen Proklamierung des Kandidaten durch die herrschende Regierungspartei, gilt schon jetzt der Ausgang der mexikanischen Wahlkampagne und Präsidentschaftsablösung so gut wie entschieden. Und dies, obwohl die Wahlen selbst erst am 1. Juli 1964 abgehalten werden. Das liegt nicht etwa daran, daß im heutigen Mexiko ein System vorfabrizierter Wahlen angewandt wird, sondern entscheidend an der stark befestigten und tiefeingewurzelten Vormacht-Stellung der "PRI" (Partido Revolucionario Institucional). Diese nationalrevolutionäre Regierungspartei, die im Grunde eine politische und soziale Koalition der fortschrittlichen und aufbauwilligen Kräfte aus den tragenden Schichten des mexikanischen Volkes ist, dominiert bis auf weiteres sowohl in den Städten wie auf dem Land im öffentlichen Leben.

Zugunsten der PRI hat in den letzten drei Jahrzehnten jede weitere Präsidentschaftsablösung im mexikanischen Volk das Bewußtsein gestärkt, daß unter dieser politischen Führung das Land nach harten Jahren des Bürgerkrieges zu einer in ganz Lateinamerika einzigartigen politischen Stabilität gelangt ist. Parallel mit der politischen Stabilität begann auch der sozialökonomische Fortschritt sich durchzusetzen. Die PRI konnte darum bereits vor zwölf Jahren das Wagnis eingehen, in diesem vorwiegend agrarischen und katholischen Land - und trotz einer Kirche, die noch vor einem Vierteljahrhundert gegen die Trennung von Staat und Kirche die Gläubigen zu den Waffen und zum Bürgerkrieg gerufen hatte - das allgemeine Wahlrecht in Übergängen auch auf die Frauen zu erweitern. Neuerdings ist im Sinne der fortschreitenden Demokratisierung sogar das Wahlrecht von der früheren Mehrheitswahl zum Proporz hin abgeändert worden. Allerdings wird in Mexiko auch weiterhin die Wahlbeteiligung neuer auftretender Parteien durch einschränkende Bestimmungen entsprechend abgesichert.

Der neue Kandidat

Von den Gewerkschaftsverbänden gemeinsam vorgeschlagen, hat die PRI den bisherigen Innenminister Diaz Ordaz als ihren Kandidaten zur Nachfolge des jetzigen Staatspräsidenten Lopez Mateos nominiert. Offenbar tritt als einziger Gegenkandidat zur Präsidentschaftswahl nur ein Vertreter der Partei "Acción Nacional" entgegen, die seit jeher ein politisches Sprachrohr kirchlicher Kreise ist, unter der Führung konservativer Bankiers steht und allgemein als Sammelpartei auch der reaktionären Gefolgschaft gilt. Die linksstehende Partei des inzwischen einflusslosen prokommunistischen Führers Lombardo Ledezano, "Partido Socialista Popular", und die rechtsorientierte Mittelstandsgruppe der "Nacionalista Mexicano" beschränken sich auf die Beteiligung an den gleichzeitigen Parlamentswahlen. Selbst die aktivistischen Kräfte, die während der Amtszeit des früheren Staatspräsident General Lazaro Cardenas hervorgetreten sind, der als Förderer der Agrarreform besonders unter den Bauern über beträchtlichen Anhang und Sympathien verfügt, lehnten es ab, dem Kandidaten der PRI entgegenzuwirken.

Lediglich einige fidelistische und prochinesische Gruppen haben anfänglich den schwachen Versuch unternommen, einen Protestkandidaten gegen die PRI herauszustellen. Jetzt konzentrieren sie ihre Anstren-

gungen darauf, gegen die PRI heftige Vorwürfe und Angriffe zu richten, weil kein anderer der vielen Präsidentschaftskandidaten, sondern ausgerechnet der Innenminister herausgestellt wurde, - obwohl man wisse, daß er ein praktizierender Katholik sei. Die nationalrevolutionäre PRI und der amtierende linksdemokratische Präsident Lopez Mateos hätten damit für die nächsten sechs Jahre einen Präsidenten in Vorschlag gebracht, der offenbar selbst bei den Rechten wohlwollende Tolerierung finden soll.

Kontinuierliche Politik

Es gehört zur alten und neuen mexikanischen Tradition des inneren politischen Ausgleichs, daß nunmehr nach dem tribunenhaften Nationalrevolutionär Lopez Mateos, der in diesen sechs Jahren in zahllosen Reden und Reisen im In- und Ausland, und weit darüber hinaus, als moderner und staatsmännischer Sozialpädagoge wirkte, jetzt mit Diaz Ordaz ein Mann der tatkräftigen und konzentrierten organisatorischen Leistung aufrückt. Lopez Mateos hat es fertiggebracht, inmitten der ganz Lateinamerika überflutenden stürmischen Wellen der wogenden Volksstimmungen - entsprechend den Auswirkungen des kalten Krieges, der Wirtschaftskrise, des meteorhaft aufsteigenden Fidelismus, der reaktionären und konterrevolutionären Gegenstöße, des noch unentschiedenen Ringens zwischen beschleunigtem sozialökonomischen Fortschritt im Bündnis mit den freiheitlich-fortschrittlichen Kräften der USA und der Welt oder dem zunehmenden Absturz in Chaos und Violenz - das moderne Mexiko weiter auf den Weg der politischen Stabilität voranzuführen. Nicht zuletzt ist ihm das gelungen dank einer kontinuierlichen Politik, die auf gesellschaftlicher Einsicht und staatsmännischer Vision basiert und die konkret in seiner Regierungszeit beinhaltete: weitere Industrialisierung des Landes, aber nicht etwa in einer Jagd nach Industrie-Giganten, nach einseitiger Schwerindustrie, nach Autarkie und nicht auf Kosten der Landwirtschaft; weitere Landzuteilung an landhungrige Bauern, aber gleichzeitig Neuerschließung brachliegender Landesteile und Ländereien durch großzügige Kolonisierungsprojekte und durch größere Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit; weiteren Ausbau der Leistungen und Institutionen der Sozialversicherung und der Schulbildung, gemäß dem Rhythmus der zunehmenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der ansteigenden sozialen Bedürfnisse der Menschen; weiteren Kurs auf etappenweise Nationalisierung aller Bodenschätze und der öffentlichen Dienste ohne Kriegserklärungen an das Auslandskapital und ohne Verdrängung des relativ kleinen Sektors der Unternehmer und des Privatkapitals aus den neuen Industriezweigen; weitere Demokratisierung des öffentlichen Lebens und der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Zusammenhänge in direktem Appell an das Volk und die Bürger - ohne aber den anonymen Druck von starken Pressionsgruppen und Interessenverbänden nachzugeben, was einer Errichtung eines neuartigen Systems der politischen Kontrolle gleichkommen kann; weitere Differenzierung der mexikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und weitere Herausführung Mexikos aus der früheren Isolierung, die teilweise und zeitweise auch dem Drang nach einer Selbstabkapselung entsprach - ohne aber Mexiko in ein Blockgefüge oder in neue Abhängigkeit hineinzuführen.

Bewährung in kritischer Zeit

In diesem Sinne besagt die jetzt zu Ende gehende Präsidentschaft von Lopez Mateos, daß Mexiko unter seiner Leitung nach der großen Leitlinie eines "Neo-Cardenas" sich entwickelte. Doch im Stil eines erneuerten Cardenas regierte Lopez Mateos ohne soziale und politische Konvulsionen, ohne vor oben geförderte Agitation, ohne auch den früheren nationalrevolutionären Romantizismus und die dadurch bewirkten messiasartigen Illusionen. In einem stärkeren Masse als je zuvor rückten im Staat und in der Wirtschaft solche Begriffe wie Leistungsfähigkeit, berufliche Qualifikation, Zuverlässigkeit und Genauigkeit zu anerkannten Werten auf. Besonders die Haltung der jungen Techniker und der wachsenden Schicht der geschulten Spezialisten drückt so etwas wie eine "neue Sachlichkeit" aus. Der zuverlässige und leistungsfähige Mitarbeiter aber des Staatspräsidenten Lopez Mateos, der durch das Wirken in seinem wichtigen Ressort den öffentlichen Rahmen für diese gesellschaftliche Entwicklung entschieden abzusichern verstand, war der bisherige Innenminister Diaz Ordaz.

Obwohl Mexiko aus außenpolitischen Gründen bis auf den heutigen Tag diplomatische Beziehungen mit Kuba aufrecht erhält, ist hier am frühesten in ganz Lateinamerika die Gefahr einer fidelistischen Überflutung erkannt und überwunden worden. Als aktivistische Elemente unter den verschiedenen kommunistischen Gruppen auch in Mexiko nach dem Vorbild Fidel Castros die Kampfmethoden des revolutionären Terros anzuwenden suchten, da griff vor allem Diaz Ordaz entschieden zu - und seit etwa vier Jahren sind die führenden Strategen eines abwegigen politischen Kurses, den man inzwischen allgemein nur der "chinesischen Richtung" zuschreibt, in Haft. Mehr noch denn als Chef des inneren Verwaltungsapparates bewährte sich in diesen Jahren Diaz Ordaz als führender Kopf in der mexikanischen Innenpolitik. Dieser Bewährung in kritischer Zeit verdankt er tatsächlich seinen weiteren politischen Aufstieg.

Das mexikanische Regierungsprogramm für die nächsten Jahre ist fest umrissen. Es ist in diesen Tagen von dem neuen Präsidentschaftskandidaten in zwölf Punkten wiederholt worden. Dieses Regierungsprogramm ist in öffentlicher Diskussion am Vorabend der Präsidentschaftskampagne durch die PRI erarbeitet und begründet worden. Es entspricht im wesentlichen den Bedürfnissen der weiteren Etappe der sozialökonomischen Entwicklung des Landes, und es stellt zwei gesellschaftliche Aufgaben in den Mittelpunkt: Konsolidierung der Wirtschaft und solide Demokratisierung, die jedoch vom Bürger selbst in Staat und Gesellschaft getragen wird.